

## Breit angelegte Studie über die „Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ läuft an

*Obwohl nur etwa 12 % der Unternehmen und Betriebe in Deutschland zu statistischen Meldepflichten herangezogen werden – während andere bürokratische Dienstleistungen für den Staat von jedem Unternehmen zu erbringen sind – nimmt die Klage der Betroffenen über die Belastung durch Statistiken in der veröffentlichten Meinung seit Jahren zu. Von politischer Seite wird die Forderung der Wirtschaft nach Reduzierung der Statistikbelastung nachdrücklich unterstützt. Auch die Statistischen Ämter sind daran interessiert, die erforderlichen statistischen Informationen mit möglichst geringem Aufwand zu ermitteln.*

*Im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik wurde die Arbeitsgruppe „Entlastung der Unternehmen“ gebildet, die sich aus Vertretern der Statistischen Ämter, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und der großen Wirtschaftsverbände zusammensetzt. Die Arbeitsgruppe hat ein Konzept für eine Belastungsuntersuchung erarbeitet.*

*Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat orientiert an der Konzeption der Arbeitsgruppe eine Studie über „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ europaweit wettbewerblich ausgeschrieben. Der aus Mitgliedern der Arbeitsgruppe gebildete Projektbeirat hat aus den eingegangenen Bewerbungen für das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) vorgelegte Angebot votiert. Das DIW Berlin wurde Ende 2003 vom BMWA mit der Durchführung der Belastungsstudie beauftragt. Die Statistischen Ämter leisten mit ihrer Befragung bei allen im Jahr 2004 durchzuführenden Erhebungen bei Unternehmen und Betrieben sowie mit den Auswertungen der Unternehmensregister einen erheblichen Beitrag zu dieser Untersuchung.*

*Diese Abhandlung gibt im ersten Teil einen Überblick über bisher durchgeführte Studien zur Belastung der Wirtschaft durch Bürokratie, die auch den Statistikbereich einbezogen haben. Diese Studien stellen die Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken jedoch zu wenig differenziert dar, so dass sich daraus keine Erkenntnisse über Belastungsursachen und Entlastungsmaßnahmen ableiten lassen, wie sie von der anlaufenden Belastungsstudie erwartet werden. Die Konzeption und Arbeitsschritte zur Untersuchung der Statistiklasten werden im zweiten Teil beschrieben.*

### 1. Die Erhebungen der Statistischen Ämter im Lichte allgemeiner Bürokratiestudien

Die deutsche Wirtschaft klagt über zu viel Bürokratie. Bemängelt wird eine Reglementierung durch Gesetze und Verordnungen, die den unternehmerischen Handlungsspielraum eingrenzen, komplexe und langwierige Antragsverfahren und eine Vielzahl von bürokratischen Hilfstätigkeiten für den Staat. Dazu zählen beispielsweise die Meldeverfahren zur Sozialversicherung, Pflichten im Bereich des Abgaben- und Steuerwesens wie etwa das Abführen der Lohnsteuer für die Beschäftigten und die Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen. Auch Belastungen durch Statistiken werden regelmäßig erwähnt. Grundsätzlich muss aus Sicht der Statistischen Ämter bei der Diskussion über die Belastung durch Statistiken zwischen amtlicher und nicht-amtlicher Statistik unterschieden werden. Im Folgenden werden unter amtlicher Statistik diejenigen Erhebungen subsumiert, welche von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder aufgrund gesetzlicher Grundlagen erhoben werden. Unter der davon abzugrenzenden sonstigen, auch nicht-amtlichen Statistik werden in erster Linie die Erhebungen der Wirtschaftsverbände und Kammern, der Institute für Zwecke der Markt-, Meinungs-, Wirtschafts- und Sozialforschung verstanden, darüber hinaus auch die Ressortstatistiken anderer Verwaltungsstellen.

#### 1.1 Untersuchungen zur Belastung der Wirtschaft durch Bürokratie

An der Vielzahl der bisher erschienenen Studien lässt sich erkennen, dass die Bürokratiebelastung der Wirtschaft schon seit vielen Jahren als Problem angesehen wird. Nachfolgend werden einige Untersuchungen zu allgemeinen Bürokratielasten vorgestellt, die auch Belastungen durch Statistik ausweisen.<sup>1)</sup>

#### Studie von Hamer

Das Mittelstandsinstitut Niedersachsen-Bremen veröffentlichte 1979 die wegweisende Studie „Bürokratieüberwäl-

<sup>1)</sup> Der folgende Überblick erstreckt sich auf Untersuchungen, die versuchen, das breite Spektrum der verschiedenen bürokratischen Lasten darzustellen. Studien, die nur partielle Bereiche der Bürokratie untersuchen, sollen hier nicht wiedergegeben werden. Eine solche Partialstudie über die Statistik stellt die Belastungsuntersuchung der Statistischen Ämter aus dem Jahr 1979/1980 dar, deren Ergebnisse inzwischen veraltet sind.

zung auf die Wirtschaft“ als „kritische Bestandsaufnahme (...) am Beispiel des Handwerks“.<sup>2)</sup> Über einen Zeitraum von einem Jahr wurden monatlich 434 Betriebe des Handwerks in Niedersachsen und Ostwestfalen befragt. Untersucht wurden die Bereiche sozialrechtsbedingter, steuerbedingter, statistikbedingter und betriebsbedingter Bürokratieaufwand.<sup>3)</sup> Es wurden insgesamt 187 verschiedene Verwaltungstätigkeiten für den Staat untersucht; 50 davon im Bereich Statistik. Ermittelt wurden Zeitansätze für jede dieser Tätigkeiten, die mit damals gültigen Stundensätzen in Geldgrößen transformiert wurden.

Hinter jeder der 50 Verwaltungstätigkeiten im Bereich Statistik steht eine Erhebung, wovon aber nicht alle in den Aufgabenbereich der Statistischen Ämter fallen. Für jede Erhebung wurde vom Verfasser die Rechtsgrundlage genannt, die anfallende Arbeit beschrieben, der Aufwand in Form von Zeitanätzen und Geldgrößen quantifiziert und abschließend Rationalisierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Das Spektrum der Rationalisierungsmöglichkeiten reicht von „keine“ über „Durchführung dieser Statistik durch private Institute“ bis zu „Verzicht auf diese Statistik“.

In einer zusammenfassenden Darstellung wurden die Zeitangaben der 187 Bürokratiearbeiten für jeden Betrieb aufaddiert und ein Durchschnittswert gebildet. Demnach liegt die durchschnittliche Gesamtbelastung der untersuchten Unternehmen durch Hilfstätigkeiten für den Staat bei knapp 1 057 Stunden im Jahr. Sowohl im Hinblick auf die zeitliche als auch auf die kostenmäßige Belastung beanspruchte der Bereich der sozialrechtsbedingten Bürokratie die meisten Kapazitäten (48,3 % im Zeitaufwand und 39,8 % der Kosten), gefolgt vom betriebsbedingten Bürokratieaufwand (25 % der zeitlichen und 29,4 % der kostenmäßigen Belastung) und den Obliegenheiten im Zusammenhang mit dem Steuerrecht (16,4 % und 23,6 %). Die "Statistik" beansprucht mit 109 Stunden und 32 Minuten (entspricht 10,3 % der gesamten Bürokratiebelastung) den geringsten Anteil der 4 Bürokratiebereiche, wobei nicht alle betrachteten Erhebungen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder durchgeführt werden. Rechnet man die Zeitbelastung in eine Kostenbelastung um, verringert sich der Anteil der Statistik weiter auf 7,2 %.

Typischerweise lag die subjektive Belastungseinschätzung für die Statistik bedeutend höher, nämlich bei 21 %. Der Autor bemerkt hierzu: „Die tatsächliche Bedeutung der Statistik ist allerdings nach den Ergebnissen nicht so groß, wie sie immer scheint. Auch in diesem Bereich wirkt sich

offensichtlich die hohe Hemmschwelle der freien Wirtschaft und insbesondere der Handwerker gegenüber jeder statistischen Arbeit aus.“<sup>4)</sup>

### Studie von Klein-Blenkers

In der 1980 erschienenen Studie<sup>5)</sup> wurden 100 Industrieunternehmen in Nordrhein-Westfalen hinsichtlich der Belastung durch bürokratische Leistungen für den Staat untersucht. In einem Fragebogen wurde zunächst die persönliche Einschätzung der Belastung erfragt. Im zweiten Schritt wurde um Angaben der konkreten Belastung in Zeit- und Kostengrößen in den Bereichen Personal, Steuern/Abgaben, Statistik/sonstige Erhebungen sowie Aufwand im Zusammenhang mit neuen Rechtsvorschriften gebeten. Der Komplex Statistik wurde in monatliche, vierteljährliche, jährliche und sonstige Statistiken unterteilt, wobei bis auf letztere Kategorie nur auf amtliche Erhebungen abgestellt wurde. Im dritten und letzten Abschnitt konnten die Unternehmer in Form eines Interviews Vorschläge zur Entlastung einbringen. Die Unternehmen wurden in vier Größenklassen nach Umsatz und Beschäftigten kategorisiert.

Im Ergebnis erbringt jede untersuchte Einheit durchschnittlich 2 676 Stunden pro Jahr administrative Leistungen für den Staat, die Statistik beansprucht davon 11,7 % (314 St. p.a.). Den höchsten Aufwand verursacht der Personalbereich (52,6 % bzw. 1 407 Stunden p.a.) gefolgt vom Bereich Steuern/Abgaben (25,4 % entspricht 680 Stunden p.a.). Der Belastungsanteil im Zusammenhang mit neuen Rechtsvorschriften beläuft sich auf 10,2 % (275 Stunden p.a.). Wechselt man von der zeitlichen zur kostenmäßigen Betrachtung ergibt sich ein sehr ähnliches Bild: Spitzenreiter bleibt der Personalbereich (50,2 %) gefolgt von Steuern/Abgaben (26,1 %) und Aufwand im Zusammenhang mit neuen Rechtsvorschriften (12,2 %). Die Statistik beansprucht in der kostenmäßigen Betrachtung lediglich 11,3 % des gesamten Aufwands für administrative Arbeiten. Ursächlich für die unterschiedlichen Belastungsanteile ist die unterschiedlich starke Inanspruchnahme von externer Beratung in den einzelnen Komplexen. Innerhalb des Bereichs Statistik verursachen die monatlichen Statistiken den höchsten Aufwand, nachfolgend die Quartals- und die Jahreserhebungen; die sonstigen rufen die geringste Belastung hervor.

Interessanterweise stellen die Verfasser im Gegensatz zu den anderen hier zitierten Studien in Bezug auf die Gesamtbelastung fest, dass die tatsächliche Belastung die subjektiven Schätzwerte erheblich übersteige.

<sup>2)</sup> Hamer, Eberhard (1979): Bürokratieüberwälzung auf die Wirtschaft – Eine kritische Bestandsaufnahme des Mittelstandsinstituts Niedersachsen-Bremen, Hannover.

<sup>3)</sup> Unter dieser Kategorie werden zahlreiche sonstige Tätigkeiten subsummiert, beispielsweise Aufwand in Verbindung mit Unfallverhütungsvorschriften, Zollanträgen, Beiträgen für Berufsgenossenschaften u.v.m.

<sup>4)</sup> Ebenda, S. 75.

<sup>5)</sup> Klein-Blenkers, F. unter Mitarbeit von Mortsiefer, H.-J. und Reske, W. (1980): Die Belastung von Industrieunternehmen durch administrative Leistungen für den Staat, Beiträge zur Mittelstandsforschung, Heft 57, Köln.

## Studie von Kitterer

1989 verfasste Kitterer im Auftrage des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein die Studie „Kosten der Bürokratieüberwälzung“. <sup>6)</sup> Befragt wurden 20 000 Unternehmen in Schleswig-Holstein mittels eines 4-seitigen Fragebogens; der Rücklauf erbrachte 2 179 ausgefüllte Fragebögen (Rücklaufquote 10,9 %). Untersucht wurden die Bereiche Personal, Steuern/Abgaben sowie Statistik und sonstige Meldungen. Insgesamt wurden 98 bürokratische Tätigkeiten aufgeführt, 37 davon im Komplex Statistik und sonstige Meldungen, wovon wiederum 28 Erhebungen der statistischen Ämter des Bundes und Länder waren. Erfragt wurde der Zeit- bzw. Kostenaufwand, welcher noch in interne und externe (Beratungs-) Kosten untergegliedert ist. Nach dieser Studie verrichten die Unternehmen bürokratische Arbeiten für den Staat im Umfange von durchschnittlich 333,2 Stunden im Jahr, wovon 10,5 % in den Bereich Statistik fallen. Den höchsten Anteil an zeitlichen Ressourcen nimmt mit 55,1 % wieder der Personalbereich in Anspruch. Betrachtet man Kostengrößen, macht die Belastung durch den Steuer- und Abgabebereich 49,1 % aus; die Statistik schlägt sich hier lediglich mit 7,1 % nieder. Die Verschiebung der Belastungsanteile kommt durch die unterschiedliche Beanspruchung von externen Beratern zustande, die auf dem Gebiet der Steuern und Abgaben aufgrund der Komplexität des deutschen Steuerrechts eher intensiv, im Bereich Statistik jedoch eher wenig genutzt wird und teurer zu veranschlagen sind als eigenes Personal der befragten Unternehmen.

Die relativ hohe Anzahl der befragten Unternehmen erlaubte differenzierte Auswertungen nach Wirtschaftszweigen. Demnach ist der Belastungsanteil durch Statistik in der Industrie am höchsten (14,6 % im Zeitaufwand, 11,0 % in der Kostenbelastung), daran anschließend im Handel (11,1 % vom zeitlichen, 5,6 % des kostenmäßigen Aufwandes) und Handwerk (10,6 % bzw. 7,6 %); der Dienstleistungssektor wird am wenigsten belastet (4,8 % d 3,9 %).

## Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn (Clemens und Kokalj) 1995

Das Institut für Mittelstandsforschung Bonn untersuchte in dem 1995 veröffentlichten Beitrag die kostenmäßige Belastung durch staatliche Bürokratie von Unternehmen mit einer Fragebogenaktion. <sup>7)</sup> Ausgewählt wurden 6 779 vorwiegend mittelständische Unternehmen aus Industrie,

<sup>6)</sup> Kitterer, W. (1989): Kosten der Bürokratieüberwälzung, Studie für den Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., Kiel.

<sup>7)</sup> Clemens, R., Kokalj, L. unter Mitarbeit von Hauser, H.-E. (1995): Bürokratie – ein Kostenfaktor – Eine Belastungsuntersuchung bei mittelständischen Unternehmen, Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 66 NF, Stuttgart.

Handel, Dienstleistungen und Handwerk, separiert nach alten und neuen Bundesländern. Der Rücklauf von 542 Fragebögen gewährleistet nach Ansicht der Autoren eine Mindestrepräsentativität (Rücklaufquote 8,4%). Untersucht wurden 21 Gebiete administrationsbedingter Leistungen, die unter den 4 Komplexen Arbeit/Soziales, Steuern/Abgaben, Statistik sowie Umweltschutz gruppiert wurden. Für die amtliche Statistik wurde global die Belastung für Monats-, Vierteljahres- und Jahresstatistiken untersucht. Die Unternehmen konnten hier angeben, ob sie die jeweilige administrative Leistung als hoch, mittel oder gering belastend einstufen.

Mittlere Unternehmen fühlen sich am stärksten durch Statistik belastet, kleine am wenigsten, große nehmen eine Mittelposition ein. Im Hinblick auf die Wirtschaftsbereiche stufen Industrie und Handwerk ihre Belastung als bedeutend höher ein als der Dienstleistungsbereich, der Handel nimmt eine mittlere Position ein. Als in kostenmäßiger Sicht besonders belastend wurde der Bereich Steuern/Abgaben mit 40,1 % angegeben, gefolgt von Arbeit/Soziales (33,9 %), Statistik (15,5%) und Umweltschutz (10,5 %). Um die zeitliche und kostenmäßige Belastung zu quantifizieren, wurden Handwerksbetriebe in einer Zusatzerhebung nach der gesamten Bürokratiebelastung gefragt, die dann mittels einer weiteren Frage in ungefähren Prozentwerten auf die 4 Komplexe zu verteilen war. Im Resultat benötigen Unternehmen 731 Stunden pro Jahr für die Erledigung ihrer bürokratischen Pflichten.

Um zusätzliche Informationen zu erhalten, wurde in einer offenen Frage um die Angabe von einem Gesetz oder einer bestimmten Tätigkeit gebeten, die aus Sicht der Befragten die stärkste administrative Belastung darstellten. Die meisten Nennungen wurden im Bereich der Statistik verzeichnet, obwohl die Belastung objektiv als eher nachgeordnet anzusehen ist. Die Autoren bemerken hierzu: „Offenbar sind diese Unternehmen nicht besonders an den einzelnen Statistiken interessiert, sondern empfinden das Ausfüllen jedweder Meldebögen (...) als stark belastend.“ <sup>8)</sup>

## Studie des Institutes für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim

Das Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim erstellte im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg 1996 die Fallstudie „Administrative Belastungen von Handwerksbetrieben“. <sup>9)</sup> Befragt wurden 21 Handwerksbetriebe aus 5 verschiedenen Bran-

<sup>8)</sup> Ebenda, S.47.

<sup>9)</sup> Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim (Hrsg.) (1996): Administrative Belastungen von Handwerksbetrieben – Eine Fallstudie im Auftrag des Staatsministeriums Baden-Württemberg, (26), Mannheim.

chen<sup>10)</sup> und unterschiedlicher Größe in einer mündlichen Befragung. In Anbetracht des geringen Untersuchungsumfangs erhebt die Analyse keinen Anspruch auf Repräsentativität, sondern bezeichnet sich selbst als Fallstudie. Ausgewiesen wurden bürokratische Tätigkeiten unterteilt nach sozialem Bereich, personalbedingtem Steuerbereich und Statistikbereich. Hierfür wurden vorab insgesamt 33 Einzeltätigkeiten (sog. Items) identifiziert, wobei für die Statistik lediglich 2, nämlich die vierteljährliche Handwerksberichterstattung und die Statistik der Abfallbeseitigung im Produzierenden Gewerbe berücksichtigt wurden. Auch hier wurden zunächst Zeitgrößen für die Bearbeitung der bürokratischen Tätigkeiten erfragt und dann mittels des Qualifikationsgrades des bearbeitenden Mitarbeiters Stundensätze ermittelt, um eine Abschätzung der Kosten vornehmen zu können. Im Ergebnis ist durchschnittlich jeder Betrieb mit knapp 113 Stunden im Jahr mit administrativen Pflichten belastet, wobei die Statistik lediglich 2,8 % ausmacht. Den größten Anteil verbucht der soziale Bereich (62,6 %), gefolgt vom personalbedingten Steuerbereich (34,6 %).

Wie bei den meisten anderen Studien liegt auch hier nach Einschätzung der Autoren die subjektive Belastung durch Statistiken weit höher als die tatsächliche: „Durch Statistiken fühlen sich die meisten Unternehmen insofern belastet, als sie oft die Notwendigkeit des Ausfüllens von statistischen Formularen nicht ganz begreifen und bei dem Erfüllen ihrer statistischen Pflichten wenig unternehmenseigenes Interesse sehen.“<sup>11)</sup>

### Studie von Büter

Die Studie von Büter<sup>12)</sup> aus dem Jahr 1998 stützt sich auf eine schriftliche Umfrage von 1 200 Handwerksbetrieben aus dem Rhein-Main-Gebiet, worauf 305 einen ausgefüllten Fragebogen zurücksandten (Rücklaufquote 25 %). Bei 30 Befragten wurde zusätzlich ein ca. 20-minütiges Telefoninterview durchgeführt. Die Untersuchung wurde durch zahlreiche Expertengespräche mit Kammern, Verbänden, Ministerien u.a. Wirtschaftsorganisationen abgerundet. Der administrative Aufwand wurde in Arbeitsschutz, Umweltschutz, Statistik, Sozialrecht, Steuer und sonstiger Aufwand kategorisiert. Die Befragten wurden gebeten, den Aufwand für jede Kategorie als gering, hoch oder sehr hoch anzugeben. Erfasst wurde weiter der zeitliche Aufwand für die Erledigung der bürokratischen Tätigkeiten pro Woche. 68 % der Befragten schätzen den Aufwand für Statistik als gering, 20 % als hoch und 12 % als sehr hoch ein. Die Belastung wurde in erster Linie von Betrieben mit bis zu 10 Beschäftigten als hoch bzw. sehr hoch beschrieben. Als besonders belas-

tend wird die Statistik vom Nahrungsmittelhandwerk empfunden.

### Studie des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn 2003

Die im Dezember 2003 veröffentlichte Studie „Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen“ des Institutes für Mittelstandsforschung Bonn lag zum Redaktionsschluss nur als die im Internet vorgestellte Kurzfassung<sup>13)</sup> vor. Danach handelt es sich thematisch und inhaltlich um eine Neuauflage der 1995 veröffentlichten Untersuchung aus dem gleichen Institut (s.o.).

Im Frühjahr 2003 wurden 17 491 Unternehmen schriftlich befragt, wovon nach dem Rücklauf 1 220 Fragebogen in die Auswertung einbezogen wurden (Rücklaufquote 7,3 %). Die Befragung der Unternehmen erfolgte in zwei Schritten. In der Eingangsfrage wurde nach dem subjektiven Belastungsempfinden gefragt, im zweiten Teil wurde um Angaben zur tatsächlichen Belastung in Zeit- und Kostengrößen gebeten. Untersucht wurden die Gebiete Sozialversicherungen, Arbeitsrecht und Arbeitsschutz, Steuer und Abgabewesen, Statistik und Umweltschutz.

Auf die Frage nach der empfundenen Belastung hielten 33 % die Belastung für sehr hoch, 46 % für hoch. Insgesamt fühlen sich demnach knapp 80 % der Unternehmen hoch oder sehr hoch belastet, eine deutliche Steigerung gegenüber von 46 % in der älteren Studie. Die deutliche Steigerung der subjektiven Belastung wird vor allem mit dem Bereich Sozialversicherungen und Arbeitsrecht/-schutz in Verbindung gebracht, die Statistik rangiert auf dem vierten Platz nach der Steuerbürokratie und vor der dem Umweltschutz. Für alle Gebiete gelten die häufigen Änderungen von Regelungen, die geringe Verständlichkeit und die Komplexität der Rechtsvorschriften als ursächlich für einen allgemeinen Bürokratieverdross.

Hinsichtlich der objektiven Belastung in Zeit und Kostengrößen wird gegenüber der älteren Studie eine Steigerung konstatiert. Von allen bürokratischen Aufgabengebieten ist der Bereich Steuern und Abgaben am kostenintensivsten, gefolgt von Sozialversicherungen/Arbeitsrecht/-schutz, Statistik sowie Umweltschutz. Besonders kleine Unternehmen verlagern bürokratische Arbeiten zunehmend auf externe Spezialisten.

### 1.2 Schlüsse aus allgemeinen Bürokratie-Studien

Einige der vorgestellten Studien sind schon recht alt und können nur noch bedingt zur Analyse der heutigen

<sup>10)</sup> Ernährungs-, Metallverarbeitungs-, Bauhauptgewerbe, Maler- und Friseurhandwerk.

<sup>11)</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>12)</sup> Büter, C. (1998): Administrative Belastungen und Thesen zum Bürokratieabbau, in: Internationales Gewerbearchiv, 46. Jg., H. 1, S. 32 – 48.

<sup>13)</sup> Vgl. <http://www.ifm-bonn.org/presse/kufa-buero.pdf> am 18.12.2003.

## Übersicht 1: Charakteristika einiger übergreifender Belastungsuntersuchungen

	Befragte	Rücklauf	Gesamtbelastung in Stunden	Zeitaufwand "Statistik" in Stunden	Anteil "Statistik" am Zeitaufwand	Anteil "Statistik" in Kostengrößen
Hamer 1979	Handwerker in Niedersachsen und Ostwestfalen	434	1 057	109,5	10,3	7,2
Klein-Blenkers 1980	Industrieunternehmen in NRW	100 (?)	2 676	314	11,7	11,3
Kitterer 1989	20 000 Unternehmen in Schleswig-Holstein	2 179	333,2	ca 35 (eigene Berechnung)	10,5	7,1
IfM 1995	6 779 mittelständische Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistung und Handwerk	542	731 (aus dem Rücklauf von 112 Handwerksunternehmen ermittelt)	Ca 100 (eigene Berechnung)	?	15,5
IfM Mannheim 1996	21 Interviews bei Handwerksunternehmen		113	3 (eigene Berechnung)	2,8	?
Büter 1998	1200 Handwerker im Rhein-Main-Gebiet	305 Fragebogen und 30 Telefoninterviews	?	?	?	?
IfM Bonn 2003	17 491	1 220	?	?	?	?

Situation herangezogen werden. Große Unterschiede bestehen darüber hinaus hinsichtlich Konzeption, der Anzahl der befragten Unternehmen und der Abgrenzung der untersuchten bürokratischen Tätigkeiten für den Staat.

Die Studien zeichnen einige wiederkehrende Muster der globalen Belastungssituation:

- Die Unternehmen fühlen sich insgesamt stark durch Bürokratie belastet. Kritisiert wird vor allem die enge Regelungsdichte, die den unternehmerischen Freiraum beschränkt und die häufigen Gesetzesänderungen.
- Die absolute Belastung durch administrative Leistungen steigt mit der Größe der Unternehmen. Wird die Belastung jedoch pro Kopf der Beschäftigten bezogen, sind kleine Unternehmen weitaus stärker belastet als große. Das gilt, wenngleich abgeschwächt, auch für die Statistik.
- Betrachtet man den mit administrativen Pflichten verbundenen Zeitaufwand, verursacht der Personalbereich regelmäßig die höchste Belastung, gefolgt vom Bereich Steuern/Abgaben. Die Statistik wirkt sich insgesamt weit weniger belastend aus.
- Untersucht man die Auswirkungen bürokratischer Obliegenheiten auf die damit verbundenen Kosten, fällt der Bereich Steuern/Abgaben deutlich stärker ins Gewicht und übertrifft je nach Untersuchung sogar den Personalbereich. Auf die Statistik entfällt hier ein noch geringerer Belastungsanteil als in der zeitlichen Analyse. Ursächlich hierfür ist die unterschiedliche Inanspruchnahme von externen Beratern in den einzelnen Bereichen. Die Komplexität des Steuer- und Ab-

gabenwesens wirkt sich hier besonders aus. Die statistischen Berichtspflichten hingegen sind bei den meisten Unternehmen mit eigenem Personal zu erfüllen.

- Die Belastung durch Statistik wird von den Unternehmen subjektiv weit höher eingeschätzt, als sie objektiv ist. Das Ausfüllen statistischer Erhebungsvordrucke wird von vielen Unternehmen als sinnlos angesehen, weil sie mit dieser Tätigkeit wenig oder keinen Nutzen verbinden.

Die Auswertung bisher durchgeführter Studien zum Thema Unternehmensbelastung zeigt deutlich ihre teilweise sehr begrenzte Aussagekraft über die Belastung durch amtliche Statistiken. Dies liegt in der Natur der Sache, da solche Bürokraiestudien nicht mit dem Fokus auf die Statistik erstellt werden, sondern das gesamte Spektrum der "Verwaltungslasten" abbilden und quantifizieren möchten. Für die amtliche Statistik kann aus den vorliegenden Studien als wichtigste Erkenntnis gewonnen werden, dass im Vergleich zu den übrigen Verwaltungslasten der amtlichen Statistik nur eine kleinere Rolle zufällt. Diese Grundaussage würde noch deutlicher ausfallen, wenn die erwähnten Verzerrungen und die mangelnde Trennschärfe nicht aufträten.

- In den bekannten Studien schwankt der ermittelte Anteil der Statistik an der Gesamtbelastung durch die Verwaltung in einer Bandbreite von 500 Prozent. Absolutwerte über die Zeit- oder Kostenbelastung werden nicht in allen Studien ausgewiesen.
- "Die Statistik" stellt in breit angelegten Studien eine Kategorie von Arbeiten in den Unternehmen dar, die in ihrer Abgrenzung oft vage bleibt. Die Erhebungen der Statistischen Ämter werden offenkundig ganz unterschiedlich intensiv einbezogen und unterschied-

lich klar von anderen Statistiken abgegrenzt. In der ausgewiesenen Belastung durch „die Statistik“ sind oft Erhebungen vieler weiterer Institutionen enthalten: Forschungsinstitute, Verbände, Stimmungs- und Meinungsbarometer, private Organisationen, Medien, etc. Unklar ist häufig, wie in den Studien der Umstand berücksichtigt wird, dass manche bürokratische Lasten von jedem Unternehmen zu erbringen sind, von der amtlichen Statistik aber nur rund 12% aller Unternehmen betroffen sind.

- Die Repräsentativität vieler Studien ist mangelhaft. So beschränkten sich die meisten Verfasser nur auf Unternehmen eines bestimmten Wirtschaftsbereichs oder wenige Größenklassen, vorzugsweise auf das Handwerk oder den Mittelstand. Die starken Schwankungen in der zeitlichen Gesamtbelastung in den Studien (von 113 Stunden im Jahr in der Studie des Institutes für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim bis zu 2 676 Stunden bei Klein-Blenkers) mögen dadurch wie auch durch die unterschiedlich breite Erfassung bürokratischer Tätigkeiten begründet sein.
- Die bekannten Studien erreichen oft nur geringe Antwortquoten und beruhen letztlich auf einem Rücklauf von wenigen hundert Fällen. Solche niedrigen Rücklaufquoten bergen um so größere Unsicherheiten bezüglich der Aussagekraft der Resultate, je differenzierter die untersuchten Sachverhalte werden.<sup>14)</sup> Die Erhebungen der Statistischen Ämter stellen einen solchen differenzierteren Sachverhalt dar.

In der öffentlichen Diskussion wird die eingeschränkte Aussagekraft der Studien zur Belastung durch die Erhebungen der statistischen Ämter nicht zur Kenntnis ge-

<sup>14)</sup> Dies ist z.B. ein entscheidender Schwachpunkt der von ihrem Erkenntnisziel anspruchsvollen Untersuchung von Hamer, deren Ergebnisse aufgrund der geringen Untersuchungsmenge (434 Unternehmen) und der Beschränkung auf Handwerksunternehmen kaum verallgemeinerungsfähig sind.

nommen. Für die Statistischen Ämter ist dies in mehrfacher Hinsicht unbefriedigend: Zum einen erscheint den statistischen Ämtern die auf diesen Studien aufbauende Kritik über ihre Erhebungen tendenziell nicht gerechtfertigt. Zum anderen helfen die Ergebnisse der Studien den Ämtern nicht bei ihren Bemühungen, die Situation für die Befragten zu verbessern. Für eine tiefergehende Analyse der Belastung durch die Erhebungen der Statistischen Ämter sind die oben genannten Untersuchungen aus den dargelegten Gründen nicht hinreichend.

## 2 Konzeption der im Jahr 2004 anlaufenden Untersuchung

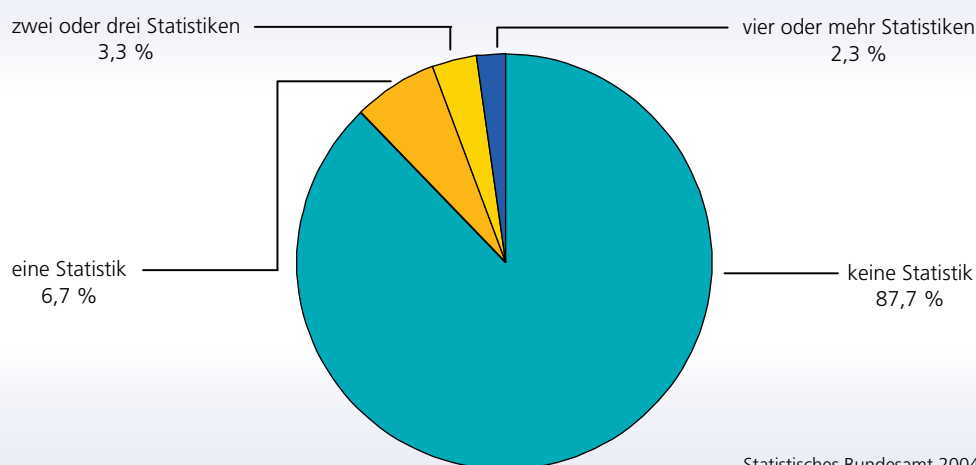
### 2.1 Ziele der Studie

Die vorurteilsfreie Behandlung der Unternehmensbelastung durch Erhebungen der statistischen Ämter setzt die verlässliche Kenntnis der spezifischen Belastungen voraus. Die nun vorgestellte Untersuchung hat also einen ganz anderen Fokus als die oben dargestellten Studien, nämlich die detaillierte Untersuchung eines speziellen – wenn auch vergleichsweise weniger belastenden – Verwaltungsbereichs. Für die Statistischen Ämter ist eine Untersuchung der Belastungswirkung von großem Interesse, wenn sie differenziert nach den einzelnen Erhebungen nicht nur die aktuelle Höhe der Belastung, sondern auch Ansatzpunkte für realisierbare Erleichterungen aufzeigt.

Die Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes auf diesem Gebiet haben bestätigt, dass die Statistischen Ämter selbst am besten in der Lage sind, den Meldeaufwand der Auskunftgebenden ihrer Erhebungen zuverlässig zu ermitteln.<sup>15)</sup>

<sup>15)</sup> Vergleiche hierzu Götzke/Sturm "Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken – erste Ergebnisse für Handel, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe" in WiSta 6/2003

### 1. Meldehäufigkeit der Unternehmen und Betriebe zu Erhebungen der statistischen Ämter Anteil der Unternehmen gegliedert nach Meldehäufigkeit je Jahr



Im Einzelnen soll die Untersuchung Folgendes leisten:

- Quantifizierung der Belastung der Wirtschaft durch alle im Jahr 2004 von den Statistischen Ämtern durchzuführenden Erhebungen – auch in der Untergliederung nach Unternehmensgröße (Umsatz, Beschäftigte) und Wirtschaftszweigen sowie Handwerkseigenschaft. Die Belastung soll dabei erhebungsspezifisch betrachtet werden.
- Ermittlung der Ursachen für die Belastung und möglicher Ansatzpunkte für Entlastungsmaßnahmen auf der Grundlage von Befragungen der betroffenen Unternehmen durch die Statistischen Ämter. Auf der Grundlage der gemachten Angaben sollen durch Rückfragen des beauftragten Forschungsinstituts DIW Berlin weitergehende Untersuchungen bei ausgewählten Unternehmen durchgeführt werden, die auch die Ebene der Erhebungsmerkmale berücksichtigen.
- Betrachtung der Belastung der Unternehmen durch nicht amtliche Statistiken (z. B. Statistiken von Instituten, Banken und Verbänden etc.) im Vergleich zu amtlichen Statistiken (Bundesstatistiken). Neben Rückfragen des Instituts bei ausgewählten Unternehmen sollen auch die vorliegenden aktuellen Studien zur Bürokratiebelastung der Wirtschaft einbezogen werden.
- Darstellung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken in Relation zur Belastung durch Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung insgesamt auf der Grundlage vorliegender aktueller Studien und im Zusammenhang mit Rückfragen des Instituts bei ausgewählten Unternehmen.
- Darstellung des Nutzens amtlicher Statistiken, insbesondere für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.
- Erarbeitung von Vorschlägen zur weiteren Entlastung der Unternehmen.

## 2.2 Zusammenwirken der beteiligten Institutionen

Im Rahmen der Aufgabenstellung des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik wurde eine Arbeitsgruppe „Entlastung der Unternehmen“ aus Vertretern des BMWA, der Spitzenverbände der Wirtschaft und der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gebildet. Sie knüpft an die Arbeiten der im Auftrag der Leiter der Statistischen Ämter mit Unterstützung des Statistischen Beirates gebildeten Arbeitsgruppe „Unternehmensbelastungen durch Bundesstatistiken“ an, die 1999 ein Untersuchungskonzept zur Ermittlung des Meldeaufwandes vorlegte. Eine Umsetzung erfolgte damals nicht, da die Konferenz der Leiter der Statistischen Ämter auch die Einbeziehung anderer bürokratischer Lasten der Unternehmen und die Beauftragung durch ein Institut forderte. Das Statistische Bundesamt hat dagegen bereits bei einigen der von ihm selbst durchgeführten Erhebungen der

Bundesstatistik den von der Arbeitsgruppe entworfenen Fragebogen versandt und erste Auswertungsergebnisse vorgelegt.

Die geplante Ermittlung des Meldeaufwandes in Abstimmung mit dem Masterplan wählt weitgehend den gleichen Ansatz für die Ermittlung des Ist-Zustandes wie die bisherigen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes. Ein Faksimile des Fragebogens findet sich in Abb. 2. Die Auswertung der Rückläufe wird nach den Spezifikationen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführt, das als unabhängiges wissenschaftliches Institut vom BMWA mit der Studie beauftragt wurde.

Das DIW wird darüber hinaus als wesentlicher Bestandteil seines Auftrags im Kontakt mit ausgewählten Befragten der amtlichen Statistik eine weitergehende Untersuchung der Ursachen der ermittelten Belastung durchführen. Die Einbeziehung anderer bürokratischer Lasten der Unternehmen soll auf der Grundlage vorliegender aktueller Studien und im weiteren Kontakt mit den Unternehmen vorgenommen werden. In den beiden letztgenannten Aspekten liegen wesentliche Erweiterungen der bisherigen Arbeiten des Statistischen Bundesamtes zur Belastungsmessung.

Die Statistischen Ämter tragen die Kosten ihrer Beteiligung selbst und leisten damit einen erheblichen Beitrag zum Gesamtergebnis. Die Arbeiten des DIW Berlin werden vertragsgemäß vom BMWA vergütet.

## 2.3 Elemente der Untersuchung

### Auswertung der Unternehmensregister der Statistischen Ämter

Ausgangspunkt des Untersuchungskonzeptes sind die Auswertungen der Unternehmensregister in den Statistischen Ämtern nach den gespeicherten Berichtspflichten aller Unternehmen und Betriebe. Die Statistischen Ämter sind mit dem Aufbau der Unternehmensregister in der Lage, die Befragungshäufigkeit aller Unternehmen und Betriebe zu einzelnen Statistiken genau zu ermitteln. Solche Auswertungen wurden von einigen statistischen Ämtern bereits in den vergangenen Jahren durchgeführt. Für die geplante Untersuchung im Jahr 2004 werden neue vereinheitlichte Registerauswertungen in allen Statistischen Ämtern vorgenommen.

### Erhebungsbegleitende Ermittlung des Meldeaufwandes

Zweites Element des Untersuchungskonzeptes ist die Befragung durch die Statistischen Ämter im direkten

## 2. Faksimile des Fragebogens

Statistik      Land      URS

### Ermittlung des Aufwandes für:

Wir untersuchen den Aufwand, den die Erhebungen der Statistischen Ämter bei den Unternehmen und Betrieben verursachen. Hierzu bitten wir um Ihre freiwillige Mitarbeit. **Bitte beziehen Sie sich mit Ihren Antworten auf die statistische Erhebung, die Sie soeben bearbeitet haben und nur auf eine Meldung (z.B. bei einer Monatsstatistik nur auf eine Monatsmeldung).** Bitte senden Sie dieses Blatt zusammen mit dem statistischen Erhebungsvordruck zurück an das Statistische Amt. **Der Bogen wird von einem Belegleser erfasst. Bitte machen Sie Ihre Eintragungen in die weißen Felder.**

- 1 Welche der folgenden Stellen wurden bei der Bearbeitung der oben angeführten Erhebung beteiligt und wieviel Zeit wurde benötigt?**

*Berücksichtigen Sie bitte alle Tätigkeiten, die für die Ermittlung und Zusammenstellung der statistischen Angaben notwendig waren. Sofern mehrere Stellen oder Personen einbezogen waren, bitten wir Sie, den Zeitaufwand aller Beteiligten zu berücksichtigen, ggf. durch sorgfältige Schätzung.*

	Stunden	Minuten	
Geschäftsleitung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<b>Beispiel:</b> Haben Sachbearbeiter/innen für die Bearbeitung 70 Minuten benötigt, so tragen Sie bitte ein:  <div style="display: flex; justify-content: space-around; align-items: center;"> <span style="text-align: right;">Stunden</span> <span style="text-align: left;">Minuten</span> </div> Sachbearbeiter(in) <input style="width: 20px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> 1 <input style="width: 20px; height: 20px; border: 1px solid black;" type="text"/> 10
Sachbearbeiter(in)	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
externe(r) Bearbeiter(in), (z.B. Steuerberater)	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

- 2 Woher stammen die Angaben für die oben angeführte Erhebung? Zu welchen Anteilen (in Prozent) sind folgende vier Quellen herangezogen worden?** in %

Unveränderte Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung oder aus dem Rechnungswesen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Bearbeitete Angaben aus der betrieblichen Buchhaltung oder aus dem Rechnungswesen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unveränderte Angaben aus anderen betrieblichen Quellen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Bearbeitete Angaben aus anderen betrieblichen Quellen	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

- 3 Traten bei der Beantwortung Schwierigkeiten auf? Wenn ja, welche?**

	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

- 4 Haben Sie Anregungen zur Verbesserung oder Erleichterung der Erhebung?**

	<input type="text"/>	<input type="text"/>	
	<input type="text"/>	<input type="text"/>	

- 5 Wären Sie mit weiteren Fragen durch ein Forschungsinstitut (DIW Berlin) einverstanden?**

Ja	<input type="checkbox"/>	Falls Ja:	Ansprechpartner(in): _____
Nein	<input type="checkbox"/>		erreichbar unter: _____

**Vielen Dank für Ihre Mitarbeit !**



Zusammenhang mit allen im Jahr 2004 durchzuführenden Erhebungen. Die Erfragung des zeitlichen Aufwandes im unmittelbaren Zusammenhang mit der Erhebung selbst bietet die beste Möglichkeit, zutreffende Angaben zu erhalten. Jede zeitliche Verzögerung zwischen dem Ausfüllen eines statistischen Fragebogens und der Beantwortung der Fragen nach dem dafür erforderlichen zeitlichen Aufwand beeinträchtigt die Genauigkeit der Angaben. Ein weiterer großer Vorteil, der sich durch das „Huckepackverfahren“ der freiwilligen Belastungsbefragung in Anbindung an eine Statistische Erhebung mit Auskunftspflicht ergibt, ist die vergleichsweise hohe Rücklaufquote des Befragungsteils ohne Auskunftspflicht. Eine vergleichbare Datengrundlage könnte ein Institut auch mit unverhältnismäßig hohem Aufwand nicht schaffen. Dabei soll etwa jedes zehnte berichtspflichtige Unternehmen in die Befragung zur Belastung einbezogen werden. Der Fragebogen wurde in Anlehnung an den vom Statistischen Bundesamt bereits bei einigen seiner Erhebungen verwendeten Bogen gestaltet und erfragt den Zeitaufwand, die Grundlage für die Datenermittlung in den Unternehmen<sup>16)</sup> sowie aufgetretene Schwierigkeiten und Verbesserungsvorschläge (vgl. Abb. 2). Das DIW war an der Überarbeitung des Fragebogens beteiligt.

### Rückfragen des DIW Berlin bei den Unternehmen

Als wesentliches Element der Untersuchung werden Rückfragen durch das Institut bei ausgewählten Unternehmen gesehen. Zunächst kann dadurch eine Validierung der zeitlichen Angaben durch Expertenschätzungen erfolgen. Es ist weiterhin zu erwarten, dass durch den direkten Kontakt mit den Unternehmen eine genauere Analyse der Ursachen der Belastung – auch merkmalspezifisch – durchgeführt werden kann und umsetzbare Entlastungsmaßnahmen mit Personen in den Unternehmen erörtert werden können. Auch die Einbeziehung der nicht amtlichen Statistik im Vergleich zur amtlichen Statistik spielt bei der Rückfrageaktion eine bedeutende Rolle. Des Weiteren ist die Abgabe einer Einschätzung der Relation Statistikbelastung gegenüber Gesamtbelastung durch Dienste für die öffentliche Verwaltung von den Unternehmen im Rahmen der Rückfrageaktion durch das Institut anzustreben. Für diese Frage sind auch die vorhandenen Ergebnisse anderer Studien heranzuziehen.

Dem Institut werden anonymisierte Informationen über die Unternehmen übermittelt. Nur für die mit Rückfragen einverständlichen und vom Institut ausgewählten Unternehmen stellen die Statistischen Ämter dem Institut zusätzlich Name und Anschrift zur Verfügung.

<sup>16)</sup> Diese Frage nach der Herkunft der Daten in den Unternehmen wurde modifiziert, vergleiche zum früheren Fragebogen Sturm/Dr. Stock "Unternehmensbelastung durch Bundesstatistiken" in WiSta 10/2002 und Götzke/Sturm in WiSta 06/2003

## 2.4 Aufgabenteilung zwischen den Projektbeteiligten

### Projektbeirat

Im Rahmen des Masterplans zur Reform der amtlichen Statistik wurde die Arbeitsgruppe „Entlastung der Unternehmen“ gebildet, die sich aus Vertretern der Statistischen Ämter, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) und der großen Wirtschaftsverbände zusammensetzt. Die Arbeitsgruppe hat das Untersuchungskonzept für eine Belastungsstudie erarbeitet, deren Durchführung vom BMWA in einem wettbewerblichen Verfahren ausgeschrieben wurde. Das DIW Berlin wurde aus den Angeboten mehrerer Bewerber ausgewählt und mit der Durchführung beauftragt.

Die Umsetzung der Belastungsstudie soll in Zusammenarbeit zwischen den Statistischen Ämtern und dem DIW Berlin erfolgen. Um dies zu begleiten wurde aus Beteiligten der erwähnten Arbeitsgruppe ein Projektbeirat gebildet.

### Koordinierung der Arbeiten der statistischen Ämter der Länder durch das Niedersächsische Landesamt

Das Niedersächsische Landesamt für Statistik (NLS) koordiniert die Mitarbeit aller Statistischen Ämter der Länder. Es hat dazu einen Arbeitsplan zur Aufgabenteilung der Landesämter bei der Durchführung der Befragungen im Jahr 2004 ausgearbeitet. Die Statistischen Ämter leisten damit einen erheblichen Beitrag zur Belastungsuntersuchung. Sie legen aktuelle Registerauswertungen vor und sie führen die Befragung zum Meldeaufwand bei allen 2004 durchzuführenden Erhebungen durch.

Die Grundlage für die Quantifizierung der Belastung der Unternehmen und Betriebe durch statistische Befragungen soll im unmittelbaren Zusammenhang mit den im Jahr 2004 durchzuführenden Erhebungen gewonnen werden. Jedes Landesamt soll bei einer überschaubaren Zahl von Statistiken den erhebungsbegleitenden Versand des Bogens zum Meldeaufwand übernehmen. Auf diese Weise wird bei den dezentral durchgeführten Erhebungen jeweils eine Stichprobe der Auskunftgebenden zum Meldeaufwand befragt, wobei die beteiligten Landesämter jeweils ihren gesamten Berichtskreis im Land einbeziehen.

Eine geeignete Aufteilung der Befragungsaktion auf die Statistischen Landesämter wurde vom NLS auf der Grundlage der Erhebungsumfänge in den Ländern vorgenommen. Um repräsentative Ergebnisse für die einzelnen statistischen Erhebungen zu erhalten, wurde eine Staffelung nach den Erhebungsumfängen wie folgt vorgenommen:

**Tabelle 1: Stichprobenumfänge der Untersuchung des Meldeaufwandes**

Erhebungseinheiten bundesweit	Stichprobe	Befragte Einheiten (im Durchschnitt)
0 – 99	100 %	50
100 – 499	60 %	180
500 – 999	40 %	300
1 000 – 2 999	20 %	400
3 000 – 9 999	10 %	650
Ab 10 000	5 %	1 500

Bei der Verteilung der Stichprobenanteile auf die Länder wurden bestehende Arbeitsschnitte im dezentralen Erhebungsgeschäft berücksichtigt. Außerdem war es ein Ziel, zur Vereinfachung der organisatorischen Abläufe alle großen Erhebungen auf das Land zu konzentrieren, dessen Erhebungsumfang dem festgelegten Auswahlatz auf Bundesebene weitgehend entsprach. Von den 53 im Jahr 2004 durchzuführenden dezentralen Erhebungen konnten 35 auf jeweils nur ein Bundesland konzentriert werden. Insgesamt ergibt sich aus der geschilderten Aufteilung ein Befragungsvolumen von ca. 77 000 bei den Statistischen Landesämtern. Das Niedersächsische Landesamt für Statistik sammelt die Meldungen von allen Landesämtern und leitet sie zur weiteren Erfassung an das Statistische Bundesamt weiter.

Auch das Statistische Bundesamt legt bei seinen selbst durchgeführten Erhebungen die Fragen nach dem Meldeaufwand bei, soweit diese nicht bereits in den Jahren 2002 und 2003 untersucht wurden.

#### **Fernrechnen des DIW Berlin beim Statistischen Bundesamt**

Die Belege zum Meldeaufwand werden im Statistischen Bundesamt in Absprache mit dem DIW durch Belegleser erfasst und mit weiteren Informationen aus den statistischen Registern der Ämter zusammengespielt. Das Ergebnis sind die Auswertungsdateien, die im Statistischen Bundesamt verbleiben und auf dem Wege der Datenfernverarbeitung ("Fernrechnen") vom DIW ausgewertet werden.<sup>17)</sup>

Die Zusammenarbeit zwischen dem Institut und den Statistischen Ämtern orientiert sich vorrangig an daten-

<sup>17)</sup> Zum Vorgehen beim Fernrechnen vgl. Zühlke et al. WiSta10/2003

schutzrechtlichen Restriktionen. Die Statistischen Ämter erstellen aus ihren Registern für alle befragten Unternehmen und Betriebe die gespeicherten Merkmale Umsatz, Beschäftigte, Wirtschaftszweig, Handwerkseigenschaft und bestehende Meldepflichten zu statistischen Erhebungen dem Statistischen Bundesamt zur Verfügung, das diese Datensätze über die Identifikationsnummern mit den Datensätzen der Fragebögen der Belastungsuntersuchung zusammenführt. Auf diese Zusammenführung wurde im Anschreiben des Belastungsbogens ausdrücklich verwiesen. Ein Verbleib dieser Datensätze im Bereich der amtlichen Statistik ist zur Wahrung der statistischen Geheimhaltung unerlässlich.

Die Analyse auf der Basis der Einzeldatensätze fällt ausschließlich in den Kompetenzbereich des Institutes. Die Auswertungsroutinen werden alleine vom DIW erstellt. Eine Einflussnahme der Statistischen Ämter auf die Untersuchungsergebnisse gibt es nicht. Die Programme laufen rechentechnisch im Statistischen Bundesamt ab, das die Ergebnisse auf Geheimhaltungsrelevanz prüft und anschließend dem DIW zur Verfügung stellt. Für eigene Kontakte des DIW zu Unternehmen werden Informationen nur über solche Unternehmen weitergegeben, die dem ausdrücklich zustimmen.

### **3. Schluss**

Bereits zum Jahresende 2003 wurde der hier vorgestellte neue Fragebogen erstellt und mit der Verteilung auf die Statistischen Ämter begonnen. Erste Versendungen an die Auskunftgebenden fanden im Dezember 2003 statt. Im Laufe des Jahres 2004 wird dieser erhebungsbegleitende Versand weitergeführt und fortlaufend werden die Rückläufe nach den Vorgaben des DIW verarbeitet. Parallel dazu entwickelt das DIW Rechercheinstrumente für weitergehende Kontakte mit Unternehmen. So sind insbesondere eine zweite Fragebogenaktion an mitwirkungsbereite Unternehmen und die Durchführung von Interviews durch das DIW vorgesehen. Ein Zwischenbericht soll zum Jahresende 2004 den dann erreichten Stand der Arbeiten dokumentieren. Im Jahr 2005 werden insbesondere aus den Jahreserhebungen noch einige Rückläufe zu verarbeiten sein, damit ein Gesamtbild der Erhebungen der Ämter erstellt werden kann. Zur Jahresmitte 2005 wird das DIW einen Workshop durchführen, dessen Ergebnisse in den Endbericht einfließen, mit dem Ende 2005 die Studie abgeschlossen werden soll.